

VSEG-Stellungnahme zu Geschäften der bevorstehenden Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren

Der VSEG möchte Sie mit diesem Standpunkt über seine Empfehlungen zu einzelnen Vorlagen informieren. Mit diesem Informationsinstrument soll nicht Politik betrieben sondern die Sicht des VSEG im Interesse der Solothurner Einwohnergemeinden bekanntgemacht werden.

Generelle Anmerkung: Jeder solothurnische Kantonsrat ist gleichzeitig auch ein Einwohner einer Gemeinde und in vielen Fällen sogar ein Gemeindeexekutivmitglied und müsste aus Sicht des VSEG somit nicht nur die Interessen des Kantons sondern eben auch die Interessen der Gemeinden - als tragende Stützen dieses Kantons - vertreten. Bei der Beurteilung und Behandlung der vorliegenden grossen Anzahl parlamentarischer Vorstösse gilt es nun abzuschätzen, ob die Interessen der Gemeinden mit zunehmend neuen Mehrbelastungen für die Gemeinden wirklich vertreten werden.

A 2012 / 168 Auftrag Markus Knellwolf (glp, Zuchwil): Überprüfung aller Leistungsvereinbarungen und bezogener Dienstleistungen von Dritten (07.11.2012)

Zustimmung zum Antrag des Regierungsrats

Ziel ist es, dass durch die Überprüfung der Leistungsvereinbarungen mit Dritten ebenfalls eine substantielle Entlastung der Gemeinden erzielt werden kann. Ebenfalls von Bedeutung ist, dass der Kanton in Zukunft die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden respektiert und somit nicht Leistungsfelder der Gemeinden mit Leistungsvereinbarungen und bezogenen Dienstleistungen von Dritten bearbeitet.

A 2012 / 169 Auftrag Markus Knellwolf (glp, Zuchwil): Sparmassnahmen im verwaltungsinternen Bereich (07.11.2012)

Zustimmung zur Erheblicherklärung des Regierungsrats

Im Zusammenhang mit dem gestarteten Massnahmenplan sind Sparmassnahmen im verwaltungsinternen Bereich zu vollziehen. Auch in diesem Bereich ist der VSEG der Auffassung, dass die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden nicht in allen Bereichen respektiert wird und ohne Rücksprache mit den Gemeinden neue Aufgaben, Untersuchungen, Analysen, Konzepte etc. lanciert werden, die mehrheitlich zu neuen Mehrausgaben führen. In diesem Bereich ist weniger allenfalls Mehr.

A 2012 / 171 Auftrag Markus Knellwolf (glp, Zuchwil): Langfristige Reformen mit positiver Kostenwirkung (07.11.2012)

Zustimmung zur Erheblicherklärung des Regierungsrats

(siehe Begründung oben)

A 2012 / 197

Auftrag Fränzi Burkhalter (SP, Biberist): Bezahlbare Aufenthalte in Tagesheimen/Tagestätten für alle (12.12.2012)

Ablehnung der Erheblicherklärung des Regierungsrats

Der VSEG unterstützt im Grundsatz eine effiziente und bezahlbare Pflegebetreuung. Neue Angebote oder auch Neuregelungen in diesem Bereich haben in den letzten Jahren zu enormen Mehrkosten für die Gemeinden beigetragen. Aus diesen Gründen sind wir heute eher der Auffassung, dass dieser Vorstoss zu Mehrkosten für die Gemeinden führen wird. Aus diesen Gründen unsere ablehnende Haltung zu diesem Vorstoss. Sämtliche parlamentarischen Vorstösse, welche neue Mehrkosten für die Gemeinden nach sich ziehen, können und werden vor der Behandlung des Massnahmenplans nicht mehr unterstützt.

A 010 / 2013

Auftrag Thomas Eberhard (SVP, Bettlach); Mehr Bildung – weniger Administration (16.01.2013)

Zustimmung zur Erheblicherklärung des Regierungsrats

Der VSEG begrüsst die Stellungnahme des Regierungsrats in dieser Angelegenheit. Der Administrationsaufwand im Bildungswesen hat ein Ausmass angenommen, welcher die Hauptzielsetzungen des Bildungswesens, nämlich eine möglichst pädagogisch wertvolle Ausbildung anbieten zu können, langsam aber sicher verfehlt. Die vorhandenen Ausbildungsressourcen werden heute zu stark in den Administrationsaufwand investiert. Der Administrationsaufwand ist in der Schule selbst jedoch auch beim Kanton stark und wirksam zu reduzieren.

A 106 / 2013

Auftrag Michael Ochsenbein (CVP, Luterbach): Kleine kontrollierende Polizeiaufgaben auch durch die Einwohnergemeinden ausführen lassen

Ablehnung des Auftrags

Sehr viele Gemeinden verfügen über keine eigenen Kontroll-Organen für Polizeiaufgaben. In diesem Bereich würden aus Sicht des VSEG wieder vermehrte Doppelspurigkeiten aufgebaut werden.

A 118 / 2013

Auftrag Alexander Kohli und Hubert Bläsi (FDP, Grenchen): Sozialregionen als Profitcenter im Bereich Sozialadministration

Erheblicherklärung des Auftrags

Der VSEG unterstützt jede Massnahme, die im Bereich der stetig steigenden Sozialadministrationskosten dazu führen kann, die Kostenexplosion im Sozialwesen in den Griff zu bekommen.

I 133 / 2013

Interpellation Rosmarie Heiniger (FDP, Gänsbrunnen): Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) auf Kurs? (03.07.2013)

Der VSEG unterstützt diese Interpellation

Der VSEG hat aufgrund von verschiedenen Reklamationen aus den Gemeinden feststellen müssen, dass die Einführung der KESB nicht oder zumindest noch nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Der VSEG hat gestützt auf diese Warnsignale bereits beim ASO interveniert und die Bedenken angemeldet. Der Regierungsrat wird hier gefordert sein, rasch wirkende Massnahmen zu ergreifen, damit die KESB den gesetzlich geforderten Auftrag erfüllen kann.